

Sozialfahrtschein erhalten!

CDU-Mittelstandsvereinigung und Ex-CDU-Finanzbürgermeisterin wollen Leipzig-Pass-Mobilcard abschaffen.

2



Leipziger Stimme

DIE ZEITUNG DER NPD FÜR UNSERE HEIMATSTADT LEIPZIG

02 | 2010

>> NPD-LEIPZIG.NET

Kommunale Wasserwerke Leipzig in der Krise!



NPD Leipzig fordert rücksichtslose Aufklärung

Angesichts der drohenden Folgen des Finanzgebarens der abberufenen Geschäftsführer der Kommunalen Wasserwerke Leipzig (KWL) für die Stadt Leipzig und ihre Bürger forderte die Leipziger NPD schon im Dezember eine umfassende und schonungslose Aufklärung aller Vorgänge um die Finanztransaktionen der Geschäftsführer. Nach Gutsherrenart konnten die beiden Firmenchefs eines Unternehmens zur kommunalen Daseinsvorsorge nach eigenem Gutdünken ohne Kontrolle schalten und walten. Da verschwanden einfach so 30 Millionen Euro angeblicher Gewinne aus zweifelhaften Geschäften mit ausländischen Banken, und keiner wußte, wo sie geblieben sind. Geschäfte mit Hypothekenrisiken aber werden die KWL-Kunden, also alle Leipziger Bürgerinnen und Bürger, letztendlich Millionen kosten. Wie in einem Spielka-

sino wurde hier mit Geldern der Leipziger Bürgerinnen und Bürger spekuliert. Es hat nicht nur System, sondern es ist das System, das fremde Gelder mit leichter Hand ausgibt und verspielt.

Es darf nicht sein, daß die Herren Heiningen und Schirmer als Bauernopfer für die Öffentlichkeit dargebracht werden, während sich die wirklich Verantwortlichen hingegen bedeckt halten. Neben den ökonomisch Verantwortlichen müssen vor allem die politisch Verantwortlichen benannt werden, um daraus Konsequenzen zu ziehen.

Es waren die Aufsichtsräte der Parteien DIE LINKE und die GRÜNEN, u.a. der Ordnungsbürgermeister Rosenthal von der LINKSPARTEI, neben den Arbeitnehmervertretern der KWL und den Vertretern des Abwasserzweckverbandes ZV WALL, die

am 23. Oktober 2009 die Beurlaubung des unter Korruptionsverdacht stehenden Kommunalmanagers Heiningen verhindern. Welche parteipolitischen Interessen kamen hier zum Tragen?

Die NPD fordert eine Prüfung, welche der beteiligten Beraterfirmen und Privatpersonen zur Schadenersatzpflicht herangezogen werden können. Darüberhinaus fordert die NPD den Aufbau eines nachhaltigen internen Kontrollsystems für alle kommunalen Unternehmen.

Es bleibt dabei:
Gestern wie heute.



**WIR sind
das Volk!**

NPD
Die Nationalen

**Junge Nationaldemokraten
auch in deiner Stadt!**

Kontakt unter: jn-leipzig@gmx.de

Mobilität sichern!

„Leipzig-Pass-Mobilcard“ muß erhalten bleiben!

Neben der ehemaligen Leipziger Finanzbürgermeisterin und jetzigen Bundestagsabgeordneten Bettina Kudla (CDU) spricht sich vor allem die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Leipziger CDU für die Streichung des Sozialfahrerscheins aus. In Leipzig nutzten laut einer Antwort des Dezerates Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule vom 26.01.2010 auf die Anfrage Nr. IV/F 16 vom 01.12.2009 der NPD-Stadträte

im Januar 2010 16.374 Leipziger den Sozialfahrerschein. Seit der Einführung des Sozialfahrerscheins im August 2009 stiegen die Brutto-Linieneinnahmen des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV) von 270 T€ (8/2009) auf 420 T€ im Dezember 2009. Die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB GmbH) erhalten gemäß der Aufteilung der beförderten Personen im Verbundtarif des MDV 90 Prozent der genannten Einnahmen. Der Zuschuß für den MDV

beträgt 1,498 Mio. Euro pro Jahr. Diese Mittel sind bereits in den Haushaltsplan der Stadt Leipzig für 2010 eingestellt. Schon jetzt hat sich der Sozialfahrerschein für Leipziger Hartz-IV-Empfänger in der Praxis bewährt. Er sichert sozial bedürftigen Menschen in nicht zu unterschätzendem Maße Mobilität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Beweglichkeit ist ein Hauptfaktor bei der Suche nach einer versicherungspflichtigen Beschäftigung. Der Sozialfahrerschein kann so für Langzeitarbeitslose ein erster Wiedereinstieg in die Arbeitswelt sein. Gerade vor dem Hintergrund des unerwartet

hohen Jahresgewinns der Stadtwerke Leipzig von 60 Millionen Euro dürfte einer notwendigen zukünftigen Finanzierung des Sozialfahrerscheins auch über die bisher geplante Laufzeit von zwei Jahren hinaus nichts im Weg stehen. Es kann und darf nicht sein, daß die BRD an den unter betrügerischen Voraussetzungen in die Euro-Zone aufgenommenen Staat Griechenland Milliarden an Finanzhilfen zahlt, die wohl ohnehin nie zurückgezahlt werden, während in deutschen Kommunen der Öffentliche Personennahverkehr für in Not geratene Deutsche zum Luxusgut wird!



Rückblick zum 8. MAI 2010 in Leipzig

Ein „Großkampftag“ hätten die sogenannten Antifaschisten gerne der herbeigeholten Presse vorgeführt. Es sollte wieder mal ein Protesttag gegen das von ihnen selbst so bezeichnete „Nazizentrum“, Nähe Lindenauer Markt werden. Mit Unterstützung der Stadt Leipzig wurden Faltzettel angefertigt, es wurde im Weltnetz dazu aufgerufen und ein Unterhaltungsprogramm organisiert. Insgesamt etwa 75 Vereine wollten sich zum Protest stark machen.

Als dann diese bunte Truppe ihren Klageweg durch die Odermannstraße (NPD-

Bürgerbüro) lief, war eines schnell klar: Eine Anzahl von Kleinkindern, von ihren vielleicht selbst unwissenden Eltern mitgeführt, füllte diese Protestbewegung erheblich auf! Nach einer vorsichtigen Schätzung hat jeder aufrufende Verein fast 1,04 % Personen (inkl. der politisch meinungsfreien Kleinkinder) zum Protest aktivieren können. So sieht also der von fehlorientierten Personen aufgeputschte Kampf gegen Rechts aus. Lag es am Wetter? War es noch zu zeitig zum Aufstehen? Lag es am Wochenende? Oder ist es einfach doch so, daß mittlerweile immer mehr Deutsche ihr eigenes Fehlverhalten bereuen, Parteien wie CDU/CSU, FDP,

SPD, GRÜNE, LINKE ihre Stimme geben zu haben? Lange konnte den Weltnetzseiten der so genannten Antifaschisten auch kein medialer Beitrag zur diesbezüglichen „Großkundgebung“ entnommen werden. Im Bezug auf Nationalisten überschlugen sich sonst immer die Meldungen im Weltnetz. Diesmal eben nicht. Was gab es denn auch positives berichten? Tage später meldete die „Leipziger Volkszeitung“, daß sich um die 150 Protestler auf dem Marsch und insgesamt dann ca. 350 Personen (wahrscheinlich sehr viele nichtsahnende Passanten, die evtl. nur zum Einkaufen oder weil dort wohnansässig) zur Kundgebung auf dem Lindenauer Markt befunden hätten. Wenn man etwas mit eigenen Augen sehen konnte, und dies noch mit Bildern festgehalten wurde, dann sind anderslautende Meldungen nicht zu akzeptieren.

Auch in Sachen Unterhaltung hatten die sogenannten Antifaschisten nicht viel zu bieten. Nur noch eine Hand voll Personen lauschte der Musikgruppe „Courage Band“, während andere frustriert ihre „Hüpfburg“ zusammenfalteten.

Ganz ehrlich! Das war wohl nichts!

Frage: Herr Ufer und Herr Gerhardt, am 7. Juni 2009 haben die Leipziger Bürgerinnen und Bürger Sie für die NPD in den Stadtrat von Leipzig gewählt. Was waren Ihre ersten Eindrücke und wie wurden Sie im Stadtrat aufgenommen?

Stadtrat Klaus Ufer: Wir wurden am 7. Juni 2009 gewählt, das ist richtig. Doch da die NPD die Kommunalwahl auf Grund verschiedener Unregelmäßigkeiten angefochten hatte, blieb der alte Stadtrat noch drei Monate länger im Amt. Unsere eigentliche Arbeit begann daher erst im November 2009 mit der Konstituierung des neuen Stadtrates. Die Zeit bis dahin haben wir intensiv genutzt, um uns auf unser Amt vorzubereiten.

einzuarbeiten. Unterlagen zur Arbeitsweise im Stadtrat wurden uns sogar teilweise von einzelnen CDU-Stadträten zur Verfügung gestellt, nachdem anfangs vom Büro für Ratsangelegenheiten wenig Hilfestellung kam. Zwischenzeitlich haben wir als NPD-Stadträte eigene Erfahrungen gesammelt und werden im Auftreten immer sicherer. Für die politische Arbeit der NPD sind die über den Stadtrat erlangten Informationen von großem Wert.

Stadtrat Rudi Gerhardt: Im Rahmen der Kommunalpolitischen Vereinigung der NPD (KPV) wurden wir wie alle NPD-Kandidaten sehr intensiv im Vorfeld der Kommunalwahlen geschult und auf unserer Aufgabe vorbereitet. Darüberhinaus können wir auf

Stadtrat Rudi Gerhardt: Durch uns wurden z.B. Beschlußvorlagen zum Erhalt des Sozialtickets, zur Abschaffung von Kontoführungsgebühren für Hartz-IV-Empfänger durch die Sparkasse Leipzig oder zur Neugestaltung des Tarifsystems für Wasser und Abwasser bei den Kommunalen Wasserwerken zugunsten der Leipziger Bürgerinnen und Bürger eingebracht. Auf Grund der Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat kamen diese Anträge allerdings nicht zur Abstimmung auf die Tagesordnung in der Ratsversammlung.

Frage: Entmutigt Sie das nicht, wenn ihre Initiativen durch das Altparteienkartell im Rathaus blockiert werden?



„Nationale Sachpolitik umsetzen“ Ein Jahr NPD im Stadtrat Leipzig

Stadtrat Rudi Gerhardt: Schon zur Konstituierung des neu gewählten Stadtrates gab es Tumulte und Randalen auf der Besuchertribüne durch kriminelle Antifaschisten, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Vom ersten Tag an war es das Bestreben der Blockparteien, unsere Rechte als NPD-Stadträte zu beschneiden. So wurden wir von Anfang an aus allen Ausschüssen ausgegrenzt und erhalten als gewählte Stadträte bis zum heutigen Tag keine Räumlichkeiten im Rathaus.

Frage: Für Sie beide war die Kommunalpolitik ein neues Betätigungsfeld. Wie haben sie sich in Ihr Ehrenamt eingearbeitet und wer unterstützt Sie?

Stadtrat Klaus Ufer: Für uns ist die Einarbeitungsphase abgeschlossen, anfängliche Startschwierigkeiten sind behoben. Es war nicht einfach, sich in die teils komplizierte, umfangreiche Materie der Kommunalpolitik

gute Berater für unsere politisch-parlamentarische Arbeit im Stadtrat zurückgreifen.

Frage: Wie sieht nun konkret Ihre politische Arbeit aus, welche inhaltlichen Themen sprechen Sie im Stadtrat an?

Stadtrat Klaus Ufer: Wir nutzen unser Fragerecht als Stadtverordnete sehr intensiv. Zu verschiedenen Punkten wie Mehrkosten beim Ausbau der Jahnallee, Umsetzung von Kommunalkombiangeboten in Leipzig oder zum Abschluß von Sanierungsgebieten stellten wir bereits Anfragen in der Ratsversammlung. Weiterhin fordern wir Informationen zu den Kosten von Sozialleistungen, Beratungs- und Betreuungsprojekten für Asylbewerber in Leipzig sowie über die innerstädtische Drogenszene und die generelle Sicherheitslage in der Stadt, die von Seiten der politisch Verantwortlichen ver-harmlost wird.

Stadtrat Klaus Ufer: Als NPD-Stadträten geht es uns in erster Linie darum, Öffentlichkeit für Themen herzustellen, die ansonsten von den Systempolitikern totgeschwiegen werden, um so nationale Sachpolitik umzusetzen.

Stadtrat Rudi Gerhardt: Wichtig ist für uns dabei ein enger Kontakt zu den deutschen Bürgerinnen und Bürgern in Leipzig, für deren Sorgen und Nöte wir Ansprechpartner sein wollen, denn Ausländerlobbyisten gibt es in dieser Stadt mehr als genug. Nicht zuletzt deshalb sind wir dankbar dafür, daß wir hier im NPD-Bürgerzentrum in Lindenau Technik und Räumlichkeiten mit nutzen können, um unsere Stadtratsarbeit vorzubereiten und Bürgergespräche zu führen.

Meine Herren Stadträte, die Leipziger Stimme dankt Ihnen für dieses interessante Gespräch und wünscht Ihnen viel Kraft und Ausdauer für ihre politische Arbeit im Rathaus.

Roter Rock vor leeren Rängen – Kein Interesse an ANTIFA-Spektakel

(Vorsicht, Satire!)

Die Enttäuschung stand einigen Aktivisten förmlich ins Gesicht geschrieben. So hatten sich Krumbiegel und Konsorten ihr „ANTIFA-Happening“ auf der Alten Messe wohl nicht vorgestellt. Nicht einmal 2.000 Besucher fanden den Weg zum Alten Messegelände, wo am Vorabend des 1. Mai zum 13. Mal das Courage-Festival stattfand. Nachdem es in den vergangenen Jahren immer wieder Randalen, Zerstörung und zum Teil erhebliche Sachschäden durch linkskriminelle Antifaschisten im Zusammenhang mit dem Festival vor dem Völkerschlachtdenkmal gab, wurde das Alte Messegelände als neuer Veranstaltungsort ausgewählt. Dazu galt ein totales Alkoholverbot, was wohl ebenfalls Gäste abgeschreckt hat. Daß viele der wenigen, die dennoch erschienen, in erster Linie wegen der Musik kamen und nicht

um „Gesicht gegen Rechts“ zu zeigen, ist für die Veranstalter doppelt bitter. Schwer bewaffnete Polizisten sicherten dazu die Bühne ab. Wovor hatten die ANTIFA-Barden eigentlich Angst? Waren sie doch unter Freunden, oder etwa doch nicht? „Prinz“ Krumbiegel, Edel-Antifaschist der letzten Stunde, füllte nur die Pausen zwischen den Auftritten der einzelnen Bands, so richtig wollte ihn sowieso keiner hören. Hart für den moralintriefenden Gutmenschen, der mit seinen Soloprojekten ohnehin nicht auf die Beine kommt. Stimmung wollte einfach nicht aufkommen. Einige Besucher verließen frustriert frühzeitig das Gelände. Bei den Veranstaltern dürfte das Debakel für Ernüchterung sorgen. Antifaschismus mag ein einträgliches Geschäft sein, aber irgendwann langweilt das ewige „Gutsein“ eben jedes Publikum. Auch

das Courage-Festival ist nun in der vielgepriesenen „Zivilgesellschaft“ angekommen. Da zählt neben Gutmenschentum und Politischer Korrektheit vor allem Konsum und Kommerz. 2011 müssen sich Krumbiegel, Möller, Fabian und alle anderen Dauercouragierten etwas mehr einfallen lassen als nur freien Eintritt. Um den „Eventcharakter“ zur erhöhen, wären vielleicht ein Feuerwerk oder eine Strip-Einlage (so lange die nicht von Frau Möller verlangt wird) gut. Das Alkoholverbot sollte ebenfalls nochmal gründlich überdacht werden. Einkaufsgutscheine von ALDI für die Besucher wären auch nicht schlecht und als neuer Veranstaltungsort bieten sich Oper oder Gewandhaus an. Bei der Mittelmäßigkeit des „Leipziger Kulturlebens“ wäre das sicher keine falsche Idee.

Leipziger Volkseigentum erhalten!

Privatisierung stoppen!



„Keine andere Stadt hat so viele Verträge gemacht wie Leipzig.“, stellte der Kölner Experte für Cross-Border-Leasing-Verträge, Werner Rügemer, 2009 fest. Weitere Privatisierungen gemeinschaftlichen Eigentums, wie jetzt wieder vor allem von der FDP als Interessenvertreterin des Großkapitals gefordert, darf es in Leipzig

nicht geben. Das ist und bleibt die Haltung der NPD.

Volkseigentum darf nicht Spekulationsobjekt verantwortungsloser Manager und US-amerikanischer Konzerne werden. Es gehört den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, deren Vorfahren es mühsam aufgebaut haben.

Bitte hier abtrennen.

Machen Sie mit!

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD und bitte um Übersendung von Infomaterial.

Ich möchte zu Veranstaltungen der NPD eingeladen werden.

Ich möchte Mitglied der NPD werden (ab 16 Jahre).

Vorname		PLZ, Ort	
Name	Alter	ePost	
Straße, Nr.		Telefon	

Impressum

V.i.S.d.P.:
Winfried Petzold, MdL
Odermannstraße 8, 04177 Leipzig-Lindenau